

Die Vorgänge in Rußland.

Die Ententetruppen im Murmangebiet.

Pressemeldungen zufolge sollen englisch-amerikanische Truppen den ganzen Nordteil der Murmandorfs einschließlich Kru besetzt haben und versuchen, bis zur Station Garofi vorzurücken. Ferner verlautet, daß infolge Unterbrechung der Bahn Bologda-Dugulms aus Truppenmangel die Sowjetbehörden nicht verlassen und sich nach Birst begeben haben.

Nach einem Telegramm aus Petrosowodet haben die Befehlshaber der Ententetruppen an der Murmandorfsküste, der englische Admiral Kemp, der Franzose de Lagoderaut und der Kommandeur der amerikanischen Streitkräfte gemeinsam mit den Gebietskommanden Proklamationen erlassen, in denen die Besetzung des Gebietes durch Ententetruppen mit der Notwendigkeit des Schutzes des Ententegüterums gegen Deutsche und Finnen, mit der Bitte der Einwohner um Hilfe gegen finnische Angriffe und mit der Absicht, die Eisenerzgebiete dem zur Zeit ohnmächtigen Rußland zu erhalten, motiviert wird. In der Proklamation wird die Murmandorfsküste als Gebiet der Entente, die unter dem Schutz der Entente stehe, und jede Aktion gegen diese als feindlicher Akt gegen die Entente erklärt.

Der Ausbruch der Sozialrevolutionäre in Petersburg ist beendet. Einzelne Gebäude haben schwere Beschädigungen durch Artilleriefeuer erlitten.

Die Lage in Jaroslavl ist ernst. Zwischen Tscheljabinsk und Omsk beherrschen die Tschekchen die Lage, nur Reisebescheinigungen tschekischer Behörden sind gültig.

Rußland verlangt Zurückziehung der Ententetruppen an der Murmanküste.

Das Kommissariat für die auswärtigen Angelegenheiten hat an den Vertreter Großbritanniens in Moskau eine Note gerichtet, in der die unverzügliche Zurückziehung der englischen Truppen verlangt wird, die in Murmansk gelandet ist. Gleichzeitig erneuert das Kommissariat seinen Einspruch gegen den Aufenthalt englischer Kriegsschiffe in Murman.

Billigung der Bolschewikenpolitik.

Gegen jeden neuen Krieg.

Am 8. Juli 1918 wurde folgende von der kommunistischen Fraktion beantragte Entschließung vom Sowjetkongress mit erdrückender Mehrheit angenommen:

Die fünfte Landesversammlung der Arbeiter und Soldaten billigt vollständig die innere und äußere Politik des Rates der Volkskommissare und bekräftigt von neuem den unerschütterlichen Willen der Arbeiter und Soldaten, das Land nicht in einen neuen Krieg hineinzuziehen zu lassen. Das Rußland der Sowjets wird jedem Angriffsvorhaben gegen das russische Gebiet von seiten jedweder imperialistischen Regierung tatkräftig Widerstand leisten. Das Rußland der Sowjets wird unerbittlich gegen die Vorkämpfer der Nationalisten der einen oder der anderen Koalition verfahren. Die Landesversammlung billigt gleichwohl die Ernährungs- und Schaffungs von Komitees armer Bauern, welche nicht die Arbeit der anderen ausbeuten. Der Zeitraum, der sich bis zum neuen Vertrag erstreckt, ist der härteste für die Arbeiterbevölkerung der Städte. Die tatkräftigsten Maßnahmen werden zur Bekämpfung der bürgerlichen Gegenrevolutionäre und ihrer Agenten ergriffen werden, welche aus der augenblicklichen Lage Nutzen zu ziehen versuchen. Die Landesversammlung ruft alle Arbeiter und Bauern auf, einmütig für die Sowjets einzustehen.

Kerenski'sche Maschinenfabriken in Paris.

Der Vollzugsausschuß der sozialistischen radikalen Partei empfindet Kerenski, der erklärte, er betrachte Rußland als noch immer im Kriegszustand mit Deutschland befeindlich. Er fordere alle Völker der Entente auf, Rußland zu helfen, ihm eine kleine Anzahl von Truppen zu senden und vor allem Munition zuzutommen zu lassen. Nur so könne das Land aus seiner pelagischen Lage gerettet werden, doch helfe es eilen, in 8 Monaten werde es vielleicht schon zu spät sein.

Blutige Kämpfe in Petersburg.

Die Presse meldet: In Petersburg hatten sich die linken Sozialrevolutionäre im Wagenkorps festgesetzt. Die Einnahme des Gebäudes war erst nach größerem Kampfe möglich, bei dem auch Maschinengewehre und Geschütze zur Anwendung kamen. Die Stimmung in Petersburg ist erregt.

Die Cholera in Petersburg.

Dem „Svensta Dagbladet“ zufolge, hat die finnische Regierung die Umgegend von Petersburg für Cholera erklärt.

Einführung der „Ostmark“ im Gebiet Odesa.

Im Gebiet von Odesa soll an Stelle des dort geltenden Ost rubels eine Ostmark eingeführt werden, um die Vereinheitlichung der Geldrechnung zu erreichen und die Verwechslung des Ost rubels mit dem russischen Rubel auszuschließen. Für die Rubel werden zwei Ostmark gegeben werden. Die Ostmark wird der Reichsmark gleich stehen.

Wer regiert in England?

Der Londoner „Gerald“ vom 18. Mai schreibt: Wer oder was regiert in Wahrheit unser Land? Unsere Brüder sterben zu Tausenden, blind und unwissend. Die Nation ist mit Jaudern und Unentschlossenheit belastet. Wir schreiten in diesem Dunkel dahin. Kein Ende der Verluste und Verwüstung können wir sehen. Jetzt werden die Familienväter ausgehoben. Alle Versprechungen, die uns unter dem Dienstzwang schützten, werden uns amhergig, mutwillig, grausam gebrochen. Nach Indien ruft man um Hilfe, Irland wird mit Krieg bedroht, mit Vermischung seines nationalen Lebens, mit der Vergewaltigung seines Gebietes. Und wofür das alles? Wir konnten, wie wir jetzt wissen, einen ehrenhaften Frieden im ver-

gangenen Jahr haben. Wahrscheinlich war das auch schon 2 Jahre früher möglich. Lloyd George wurde verhindert, die Verhandlungen einzuleiten. Wer hinderte ihn daran? Frankreich in der Person Poincarés scheint als Mindestforderung dieselben wahrensprüchlichen Ansprüche auf das linke Rheinufer erhoben zu haben, die schon der schändliche Geheimvertrag mit dem Faren enthielt. Unsere Regierung erklärte damals öffentlich, daß sie von diesem Vertrage keine Kenntnis hätte. Und dafür sterben unsere Männer? Regiert uns Lloyd George oder Poincaré und Clemenceau?

Lloyd George kündigt eine neue englische Heeresvermehrung an.

Echo de Paris meldet aus London: Lloyd George empfing am Dienstag die Führer der Parteien und gab die bedeutungsvolle Erklärung ab, daß England zu einer noch weitgreifenderen Heeresvermehrung schreiten müsse, wenn es entschlossen bleibe, im Jahre 1919 den Krieg zu gewinnen.

Lloyd George und Asquith.

Die Nieuwe Rotterdamse Courant aus London meldet, stellt Washington in der Nation in Utrecht, daß eine Annäherung zwischen Lloyd George und Asquith zustande gekommen sei. Ein guter Freund des Premierministers habe zwar versucht, die Annäherung zu erwidern, aber die Entfremdung sei zu groß gewesen.

Das Schutzsystem in England?

Nach einer vom Temps wiedergegebenen Times-Meldung aus Buenos Aires hat der argentinische Innenminister die Produzenten und Exporteure des Landes aufgefordert, sich darauf vorzubereiten, daß Großbritannien seine Freihandelspolitik aufgeben und zugunsten der englischen Kolonien Schutzzölle einführen werde. Argentinien muß sich also endgültig seinen Nachbarländern zuwenden und sich keine ständigen Abnehmer anderswo für seine Erzeugnisse suchen.

Rügen über die englische Kriegswirtschaft.

In Daily News vom 19. Juni heißt es: Mit den neu angeforderten 500000000 Pfund Sterling, die der Krieg bis Ende August erfordert, erreichen die Kriegskosten die ungeheure Summe von 7842 Millionen Pfund. Die täglichen Kriegskosten betragen fast 7 Millionen und unsere Gesamtausgabe über 7 1/2 Millionen Pfund täglich. Das Schlimmste ist die Gleichgültigkeit, mit der man sich damit abfindet. Die Flut ist eben so ungeheuer gestiegen, daß man sich im Gefühl seiner Hilflosigkeit von den Problemen abwendet. Das Schlimmste hat es schon lange ausgegeben, irgend eine Kontrolle auszuüben. Das Parlament bietet keinen Schutz mehr gegen die steigende Flut, und die Art und Weise, wie die Regierung den Krieg fortsetzt, läßt keine Hoffnung zu, daß Ersparnisse gemacht werden. Es ist unbedingt notwendig, daß sofort eine wirksame Kontrolle über die ungeheuren Ausgaben geschaffen wird, denn die jetzige Wiederlichkeit bringt uns ins Unglück.

Wirtschaftskrieg der Liverpooler Baumwollvereinigung.

Hollands Bureau meldet aus London: Die Liverpooler Baumwollvereinigung hat ihren Mitgliedern verboten, die 10 Jahre nach dem Friedensschluß direkt oder indirekt mit Englands gegenwärtigen Feinden in Handelsbeziehungen zu treten.

Maßregelung Cadornas.

Nach Meldung der Agenzia Stefani wurden die Generale Cadorna, Borro und Cappello zur Disposition gestellt und ihres Grades und ihrer Pension verlustig erklärt.

Höchste Auszeichnung für General Diaz.

General Diaz erhielt durch kaiserliche Verfügung in besonderer Anerkennung seiner militärischen und organisatorischen Verdienste seit Uebernahme des Oberkommandos die höchste Auszeichnung des militärischen Savogenordens.

Schwere Anklage gegen das Kabinett Bratianu.

Wie bereits kurz gemeldet, verlas am Freitag in der Sitzung der rumänischen Kammer der Deputierte Georg Szinici unter stürmischem Beifall den aus der Initiative des Parlamentes hervorgegangenen Antrag auf Erhebung der Anklage gegen die Regierung, die Rumänien in den unheilvollen Krieg verwickelt habe. Ungeschliffen wurde der Staatschef, Depots von Privatgeld, sowie öffentliche Urkunden und Archive ins Ausland geschafft. Eisenbahngüter und Transportmittel wurden mißbräuchlich zur Rettung der persönlichen Habe der Minister und Günstlinge anstatt zum Transport von Verwundeten, Truppen und Munition verwendet. Aus diesem Grunde gingen ein großer Teil des Kriegsbedarfes und Gerät im besetzten Gebiet verloren. Bei der Räumung des später besetzten Gebietes wurden mißbräuchlich Anaben von 15 bis 18 Jahren mitgeschleppt, von denen eine große Zahl infolge Mangel an Nahrung und vollständigen Mangels an Fürsorge gestorben ist. Ein großer Teil des öffentlichen und privaten Vermögens wurde auf Befehl der Regierung durch Brandstiftung und andere Mittel zerstört, ohne das dies zur nationalen Verteidigung erforderlich gewesen wäre. Die Regierung hat, ohne die Zustimmung der Volksvertretung eingeholen, gegenwärtig die rumänische Flotte dem russischen Staat abgetreten, der sie unter seiner Flagge verwendet.

Von Stadt und Land.

Am 15. Juli.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Man schreibt uns: Nach dem Ergebnis der zweiten Lesung des Gesetzes über die Reichsabgabe zu den Post- und Telegraphengebühren darf es als sicher gelten, daß vom 1. Oktober d. J. ab die von der Reichsregierung vorgeplanten Portoerhöhungen im Post- und Telegraphenverkehr in Kraft treten werden. Sie bedeuten eine nicht unerhebliche Belastung des privaten und geschäftlichen Verkehrs. Aber die Zwangslage, in der sich das Reich infolge der von Monat zu Monat steigenden Kriegsausgaben befindet, macht eine abermalige Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren unerlässlich.

Die neue Tarifserhöhung erstreckt sich zunächst auf Briefe im Orts- und Nachbarortverkehr. Während bis her diese Briefe bis zu einem Gewicht von 250 Gramm 7 1/2 Pf. kosteten, stellt sich in Zukunft das Porto für Briefe bis zu 20 Gramm auf 10 Pf. und für Briefe über 20 Gramm bis 250 Gramm auf 15 Pf. Hierdurch wird auch der Zustand beseitigt, daß bei einem Gewicht von über 100 bis 250 Gramm die Vergebung einer Druckfach in verschlossenem Brief sich billiger stellt als die offene Beförderung gegen die Druckfachengebühren. Auch das Porto für Postfächer im Fernverkehr erfährt eine Erhöhung, und zwar auf 10 Pf.; die Postkarte zu 7 1/2 Pf. bleibt also nur für den Orts- und Nachbarortverkehr bestehen. Ferner haben die Gebühren für Pakete eine abermalige Erhöhung erfahren. Pakete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm kosteten bisher in der ersten Zone (75 Kilometer) 30 Pf., sie kosten in Zukunft 40 Pf. Für weitere Entfernungen erhöht sich das Porto von 60 auf 75 Pf. Bei einem Gewicht über 5 Kilogramm steigt das Porto in der ersten Zone bei Sendungen bis zu 6 Kilogramm von 40 auf 60 Pf.; für jedes weitere Kilogramm tritt ein Zuschlag von 5 Pf. hinzu. Auf weitere Entfernungen erhöht sich in jeder Zone das bisherige Porto um 30 Pf., wobei für jedes Kilogramm über 6 Kilogramm ein Zuschlag je nach der Zone von 10 bis 50 Pf. erhoben wird. Es kostet mithin beispielsweise ein Paket innerhalb der 6. Zone (über 1125 Kilometer) im Gewicht von 7 Kilogramm 2 Pf. Auch die Druckfächer erfahren diesmal eine Portoerhöhung. Sie kosten in Zukunft bis 50 Gramm 5 Pf., über 50 bis 100 Gramm 7 1/2 Pf., über 100 bis 250 Gramm 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 25 Pf., über 500 bis 1000 Gramm 35 Pf. Geschäftspapiere tragen in Zukunft bis 250 Gramm ein Porto von 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 25 Pf., über 500 bis 1000 Gramm 35 Pf. Bei Warenproben im Gewicht bis 100 Gramm tritt keine Veränderung ein, dagegen erhöht sich für Sendungen über 100 bis 250 Gramm das Porto auf 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm auf 25 Pf. Auch für Postanweisungen werden die Gebühren erhöht. Es kostet in Zukunft eine Postanweisung bis zu 5 M. 15 Pf., über 5 bis 100 M. 25 Pf., darüber hinaus erhöhen sich die bisherigen Sätze um je 10 Pf. Ebenso hat der Telegrammverkehr erhöhte Abgaben zu tragen. Im Stadtverkehr kostet in Zukunft ein Telegramm bis zu 5 Worten 45 Pf., für jedes weitere Wort bis zu 10 Worten erhöht sich die Gebühr um 5 Pf., darüber hinaus um 3 Pf. unter Abrechnung des Gesamtbetrages auf den nächsten durch 5 teilbaren Pfennigbetrag nach oben. Im Fernsprechverkehr sind die seit dem Jahre 1916 um 10 v. H. erhöhten Gebühren abermals um 10 v. H. heraufgesetzt.

Flammenbrand. Am Sonnabend abend gegen 7 Uhr brach im Maschinenraum des hiesigen Lichtspielhauses Feuer aus, das mit Schnelligkeit um sich griff und den gesamten Filmbestand von ca. 800 Meter vernichtete. Die Filme hatten einen erheblichen Wert und waren nicht versichert. Die Maschinen haben ebenfalls Schaden erlitten, konnten aber unter großer Mühe bis Sonntag wieder in Betrieb gesetzt werden. Menschenleben wurden nicht gefährdet.

Wer es noch nicht tat, liefere einen Anzug noch sofort ab. Am 15. Juli 1918 wird die freiwillige Sammlung getragener Männeroberbekleidung geschlossen. Wer noch nicht abgeliefert hat, hole das Verfaumte nach.

Keine zweite Kleiderabgabe. In einer in Düsseldorf abgehaltenen Konferenz der Reichsbekleidungsstelle erklärte der Reichskommissar Dr. Beutler, daß die auf dem Gebiete der Ersatzstoffe gemachten Fortschritte die ausgedehnteste Verwertung von Web- und Wirkwaren aus reiner Zellulosefaser ermöglichen werden. Durch diese Fortschritte in der Herstellung von Webwaren aus Kunstwolle und Kunstbaumwolle sei es ermöglicht, ein nochmaliges Herantreten an die Bevölkerung zur Abgabe von Kleidungsstücken zu ersparen, abgesehen von einer allgemeinen, aber freiwilligen Sammlung für unbedienstete, bei der allgemeinen Demobilisation zur Entlassung kommende Soldaten. Durch die Fortschritte der Ersatzstoffindustrie würden bald an die Verbraucher Ersatzstoffe gegeben werden können, die sowohl für Wäsche als auch für Oberbekleidung, abgesehen vielleicht von Säuglingswäsche, allen billigen Anforderungen genügen werde.

M. L. Es gibt keinen „markenfreien“ Zucker. Wiederholte Anfragen bei der Zuckerverteilungsstelle zeigen, daß vielfach die Ansicht besteht, als sei markenfreier Zucker, wenn auch zu bedeutend höheren Preisen, zu erhalten. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß es markenfreien Zucker überhaupt nicht gibt, weder Inlands- noch Auslandszucker. Der Inlandszucker wird als Mundzucker auf Zuckerarten oder als Industriezucker oder für Heeresverpflegung verteilt. Der Zucker darf nur zu den Zwecken verwendet werden, zu denen er verteilt worden ist. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Außerdem soll in Zuwiderhandlungsfällen der noch vorhandene Zucker behördlich eingezogen werden, ohne irgendwelche Vergütung an den Eigentümer. — Auslandszucker, der eingeführt wird, kommt nicht in den freien Verkehr, da er der Zentraleinkaufsgesellschaft Berlin anzubieten ist. Wenn dennoch markenfreier Zucker in den Verkehr kommt, so kann er nur aus unrechtmäßiger Verwendung oder Diebstählen herühren. Außerdem wird meist Höchstpreisüberstreichung, Kettenhandel usw. vorliegen. Im Interesse einer gleichmäßigen Landesversorgung wird es einem jeden zur Pflicht gemacht, Fälle, in denen markenfreier Zucker angeboten wird, genau festzustellen und mit dem Namen des Anbietenden der nächsten Volksgesellschaft oder der Zuckerverteilungsstelle für das Königreich Sachsen in Dresden zu melden.

Reine Benachteiligung Sachsens bei der Frühkartoffel-Belieferung. Gegenüber Pressebemerkungen über Benachteiligung Sachsens bei der Frühkartoffelbelieferung sei darauf hingewiesen, daß auf Vortellung des Landesbesamtmittelamtes bei der Frühkartoffelstelle schon vor längerer Zeit die Verfügung getroffen worden ist, daß, wie Berlin, auch die sächs. Großstädte mit Frühkartoffeln bevorzugt beliefert werden sollen. Es ist zu bedenken, daß die Menge der zuerst gemieteten Frühkartoffeln nur gering ist und zum gleichzeitigen Versand ausreichender Mengen an verschiedenen Orten nicht